

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 50.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 12. Dezember 1913.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Jahrestellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Venloerwall 9. Telefonruf B. 1545. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Dritter Deutscher Arbeiterkongress.

II.

Die sachlichen Verhandlungen des Kongresses konnten keine würdigere Einleitung finden, als durch das Referat des Kollegen Jooß-M. Gladbach über

Nationale Entwicklung und soziale Bewegung.

Was das deutsche Volk von 1813 gefühlt, gewünscht und ersehnt hat: ein gesundes Volk zu sein, in christlichem Sinn und in staatlichem Pflichtbewusstsein nach der besten bürgerlichen Ordnung und sozialer Wohlfahrt zu streben, in ehrenvoller Auszeichnung im Wettbewerb der Kulturvölker zu stehen, das ist auch der Inhalt unseres Nationalbegriffs. Seit 1813 hat sich das Angesicht der deutschen Erde durch technische, wirtschaftliche und soziale Umwälzungen geändert; es erwuchs der Stand der Lohnarbeiter. Der soziale Gedanke ist bei uns besser aufgewachsen als in manch anderem Lande. Besonders hat unser jetzt regierender Kaiser das soziale Missionswerk des konstitutionellen Königtums warm und entschlossen aufgegriffen. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung belunden das soziale Gefühl des Staates, achtungsgebietend entsafel sich im Volke die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Noch aber ist viel zu tun. Die soziale Sorge ist uns noch nicht von der Seele genommen. Die neue Zeit braucht frische Tat und Kraft. Im Volke wächst sie. Möge man sie herauswachsen lassen. Das ist eine Kulturpflicht und darin liegt die Zukunft der Nation.

Kollege Jooß ist ein glänzender Redner; mehr als dem Redner galt aber der demonstrative Beifall des Kongresses, den in der Rede entwickeltem Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Der Beifall steigerte sich noch, als die

Antwort des Kaisers

auf die Begrüßung des Kongresses bekannt gegeben wurde:

„Donauerschlingen, 1. Dezember. Den dort versammelten Vertretern der deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände dankte ich für die freundliche Begrüßung und für die erneute Versicherung treuer Anhänglichkeit. Wie in den verfloffenen 25 Jahren meiner Regierung, bereit der Kongress mit freundlichen Worten gedenkt, werde ich auch künftig der Fürsorge für die Arbeiterschaft dieselbe Förderung wie der Wohlfahrt der übrigen Erwerbsstände zuteil werden lassen. Ich vertraue, daß die christliche Arbeiterschaft an ihrem Teil dazu beitragen wird, die soziale Idee zu fördern und das wohlverdiente Ansehen der deutschen Arbeiter in der Welt allzeit aufrecht zu erhalten.“
Wilhelm I. R.“

Nach alledem, was auf sozialem Gebiete in der letzten Zeit vor sich ging, hat der Inhalt des Telegramms des Kaisers eine ganz besondere Bedeutung.

Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner.

beide können aus der kaiserlichen Antwort ihre Schlüsse ziehen. Wir vertrauen dem Kaiser. Wie der Referent über die deutsche Sozialpolitik, Kollege Giesberts, ausführte, mißt sich in den Gedanken an die Erfolge der Sozialpolitik im Jubiläumsjahre des Kaisers ein Schatten. Niemals haben sich die antisozialen Bestrebungen so scharf hervorgewagt, wie heute. Aber einmütig erfolgte auch die Abwehr dieser Angriffe. Wir legen entschieden Protest ein gegen alle Schwarzmalerei und gegen alle Bestrebungen, die darauf hinauszahlen, die Sozialpolitik zu hemmen und die soziale Bewegung unmöglich zu machen. In Verfolg der Giesberts'schen Ausführungen verlangte der Kongress in einer Entschließung die weitestgehende Aufklärung des deutschen Volkes über Notwendigkeit, Charakter und Wirkungen der sozialen Gesetzgebung seitens aller kerkulenen Faktoren. Von den Regierungen und den Parlamenten erwartet der Kongress, daß sie sich nicht durch die Treibereien der Scharfmacher in ihren Entschlüssen beeinflussen lassen. Wie weit die Treibereien der Scharfmacher bereits gehen, zeigt eine Tagung im Sinne des Kartells der schaffenden Arbeit in Essen am 30. Nov. d. J., in der Geh. Kommerzienrat Vorster von einer Versicherungssuche redete, die jedes Gefühl für die Selbsthilfe unterbinde; Deutschland dürfe keine Versorgungsanstalt werden; Tarifverträge und Einigungsämter seien für den Praktiker längst abgetan; Ziel der Gemeinschaftsarbeit der schaffenden Stände sei die Schaffung eines Schupverbandes gegen die Uebersozialpolitik, gegen die Schriftgelehrten der sozialen Reform und gegen ein Steuersystem, das nur den Besitzenden Steuern auferlege. Gegenüber solchen Neußerungen sagte Giesberts nicht mit Unrecht: 100 Industrielle, wie Vorster, und die soziale Revolution ist da!

Eine scharfe Abweisung erfuhren die Gegner der Sozialpolitik durch die Rede von

Professor Gyzelleng Adolf Wagner.

Der 80-jährige Minister der Sozialpolitik hielt die Tagung der christlich-nationalen Arbeiter für so wichtig, daß er es sich

nicht nehmen ließ, persönlich an ihr teilzunehmen. Stürmisch begrüßt, ergriff er das Wort, um u. a. zu erklären:

„Es ist gesagt worden, daß wir in der Sozialpolitik zu weit gegangen seien, und daß es nun an der Zeit sei, einzuhalten. Demgegenüber sage ich: jetzt erst recht gerade vorwärts mit der Sozialpolitik. (Stürmischer Beifall.) Dann ist gesagt worden, es sei deshalb an der Zeit, Maß zu halten, weil Rücksicht genommen werden müsse auf die ausländische Konkurrenz. Aber wenn wir sehen, wie groß unsere Industrie geworden ist, welche großen Gewinne die Aktiengesellschaften monatlich im Bergbau erzielen, dann frage ich: ist es denn wirklich wahr, daß Deutschlands Industrie im Rückgange begriffen ist? Ist sie nicht vielmehr aufgeblüht im Zeitalter der Sozialpolitik? (Stürmischer Beifall.) Für mich als Theoretiker waren in erster Reihe Erwägungen von Einfluß, die ich in der englischen Literatur kennen gelernt hatte. Es war dort gesagt worden, man rühme das Zeitalter der Maschinen, aber sei es denn dadurch für den Arbeiter besser geworden? Da sagte ich mir: wenn das Zeitalter der Maschinen und der Naturerkenntnis ein wahrer Segen für die Menschheit werden soll, dann muß Sozialpolitik getrieben werden. Das ist in Deutschland erfreulicherweise auch geschehen. Der Mann, der Deutschland groß gemacht hat, der das neue Deutsche Reich geschaffen hat, Wilhelm der Große, ist, nachdem er den militärischen Vorber erreicht hatte, nicht müde geworden, sondern hat das Zeitalter der Sozialpolitik ins Leben gerufen. Wir Theoretiker sind mit Ihnen in dem Ziel eines maßvollen Arbeiterschutzes einig, und wir wünschen, daß das im ganzen Reiche anerkannt wird, und daß, wie Giesberts ausgeführt hat, die Gebildeten einsehen mögen, daß Ihre Bestrebungen nicht sozialdemokratisch, sondern gut national sind. Denn Sie halten fest an Vaterland, Thron und Kirche. Halten Sie auch daran fest, einen maßvollen Arbeiterschutz zu verlangen, und ich hoffe, daß die gebildeten Kreise Sie immer mehr auf diesem Wege begleiten möchten. Ich spreche Ihnen meine besten Wünsche für diese Bestrebungen aus.“ (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Daß mit der Sozialpolitik noch nicht Schluss gemacht werden kann, hemiesen die Ausführungen der Diskussionsredner und die dem Kongress unterbreiteten zahlreichen Anträge. Letztere fanden alle die Zustimmung des Kongresses. Sie betrafen Knappschaffsfragen, die Rechtsprechung in der Sozialversicherung, die Arbeiterschaft in der Großindustrie, den Schutz der Haushaltungsstellen, Wünsche des staatlichen Beschäftigten, der Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, den Arbeiterschutz in der Tabak- und Nahrungsmittel- und der Keramikindustrie; die Durchführung des Hausarbeitsgesetzes; den Erholungsurlaub für Arbeiter, sowie die Beschaffung von Lernmitteln für Arbeiterkinder. Die Behandlung all dieser Fragen, nahm die ganze Tagungszeit des Montags in Anspruch. In der Aussprache zeigte es sich, daß die

Katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)

die auf dem Kongress vertreten waren, wesentlich andere Anschauungen über die Fortführung der Sozialreform haben. Die Herrschaffen schienen sich zur Aufgabe gesetzt zu haben, auf dem Kongress zu „stänkern“, damit sie dann an die Luft befördert wurden; das wäre ihnen eine willkommene Gelegenheit gewesen, sich mit der Martyrerkrone zu schmücken. Trotz der provokatorischen Ausführungen eines Paul Richter, der auf Grund der Enzyklika Singulari quadam sämtliche katholischen Arbeiter für seinen Verband und seine weltlichkeits und sozial-reaktionären Anschauungen reklamierte, tat der Kongress den Herrschaffen nicht den Gefallen. Die „Sitz Berliner“ verlangten die Beseitigung des schrankenlosen wirtschaftlichen Liberalismus, die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung, die Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeiter; Hemmung des Konsumvereinswesens; Verbot der Streikposten bei ungerechtfertigten Streiks usw. Recht treffend charakterisierte Kollege Brüst das Aussehen der „Sitz Berliner“ dahin: wenn er zu wählen habe, nur zwischen „Sitz Berlin“ und den Gelben, so würde er zu den Gelben gehen. Diese wären von beiden die Schlawern; bei dem gleichen Ziel, ließen sie sich wenigstens die Beiträge von den Arbeitgebern bezahlen. Mehrfach kam es auf dem Kongress infolge der Provokationen der „Berliner“ zu recht stürmischen Szenen. Natürlicher werden die Herrschaffen jetzt den Anschein zu erwecken suchen, als würden sie wegen ihrer katholischen Gesinnung verfolgt. Das ihre Verteidigung der sozialpolitischen Reaktion, des Arbeitgeberterrorismus durch Forderung der Selben, der Belämpfung einer Arbeitslosenversicherung aus Mitteln des Staates etc., aber der eigentliche Grund des Zwistes ist, daß zu erkennen ist ihnen durch ihre geistigen Leiter verwehrt. Der Gegensatz zwischen der Anschauung der „Sitz Berliner“ und den übrigen Kongressorganisationen trat besonders in Erscheinung bei

„Bedeutung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter und Angehörigen“

worüber Kollege Andre-Stuttgart referierte. Trotz ihrer Gegenanträge nahm der Kongress fast gegen die Stimmen von Sitz Berlin eine Entschließung an, in der gefordert wird.

1. die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung als eines gegen die Arbeiter und Angestellten gerichteten Ausnahmegesetzes;
2. den Ausbau des Koalitionsrechtes im dem Sinne, daß der rechtmäßige Gebrauch desselben gewährleistet und Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauches des Koalitionsrechtes, von welcher Seite sie auch kommen mögen, unter Strafe gestellt werden;
3. das Streikpostenstehen ist gegenüber der Polizeivollmacht als ein im wirtschaftlichen Kampf erlaubtes Mittel zu erklären;
4. die Sicherung und weitere Ausgestaltung des Tarifvertrages mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern nebst der Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge und Ausbau derselben zu einem Reichseinigungsamt;
5. das Vereinsrecht der Landarbeiter ist für das ganze Deutsche Reich einheitlich zu gestalten und auszubauen;
6. die Schaffung eines einheitlichen Staatsarbeiterrechtes.

Eine große Anzahl von Diskussionsrednern brachten in der Debatte zum Ausdruck, daß die Gegner des Koalitionsrechtes der Arbeiter, von diesem Rechte den ausgiebigsten Gebrauch machen und zur Stärkung ihrer Organisation nicht vor Mitteln zurückschrecken, die sie bei den Arbeitern unter noch härtere Strafen gestellt wissen wollen.

Ein äußerst reichhaltiges Lesesachenmaterial über die

Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung

brachte das Referat Stegerwalds über diese Materie. Hält es äußerst schwer, aus dem Streit der Parteien ein objektives Bild über den Stand der Dinge zu gewinnen, so schaffte der Vortrag Stegerwalds die erwünschte Klarheit. Es dürfte mit der Behandlung dieser Materie auf dem Kongress zum guten Teil erreicht sein, daß das Problem der Lebensmittelsteuerung aus dem parteipolitischen Zwist herausgezogen wird. Was Stegerwald anführte, war klar und präzis, frei von all dem Beiwert, mit dem sonst die Parteien ihre parteipolitische Suppe kochen. In seinen Leitfäden stellte der Referent fest, wo wie in der Frage stehen, um dann bestimmte Forderungen zu stellen auf dem Gebiete der Produktion, bei der bevorstehenden Neuschaffung unserer Handelspolitik und für den Lebensmittelverkehr. — Die recht lebhaft diskutierte zum Problem der Lebensmittelversorgung und der Lebensmittelsteuerung zeigte, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft die Frage leidenschaftslos und rein sachlich behandelt wissen will. Damit dürfte am ehesten auf diesem Gebiete voran zu kommen sein.

Ebenso sachlich behandelte der Kongress auch

die Wohnungsfrage.

Der erste Referent, Stadtrat Dr. Tödt-Dormund, schilderte die Wohnungsnot, wie sie besonders in den Großstädten anzutreffen ist, mit all den Gefahren für das wirtschaftliche, geistige und sittliche Wohl für breite Schichten des Volkes. Scharf waren seine Anklagen gegen das Spekulantentum, das in jedem Fleckchen grüner Erde nur ein unausgenütztes Terrain sieht. Kollege Weyer, N.-Gladbach als Korreferent würdigte den Versuch der preussischen Regierung, durch ein Wohnungsgesetz die Wohnungsverhältnisse zu reformieren. Ziel ist's ja nicht, was der Gesetzentwurf bringt. Durch Verbesserungen läßt sich aber erreichen, daß ein Wohnungsgesetz mithilt zu besseren Wohnungsverhältnissen. Eine besonders wichtige Aufgabe auf dem Gebiete des Wohnungswezens haben die Gemeinden. Leider erfüllen sie vielfach nicht ihre Pflicht. Was eine sozialfortschrittliche Gemeinde auf diesem Gebiete leisten kann, das ließen die Ausführungen erkennen, die der als Gast erscheinende Reuber Oberbürgermeister Gieslen in der Aussprache machte. Neuh hat auf dem Gebiete des Kleinwohnungswezens eine durch aus vorbildliche Arbeit geleistet.

Das letzte Referat über die

Arbeitslosenfürsorge

hielt Kollege Baktruch-Cöln. Der Referent verlangte in seinem Vortrage mehr Ordnung in der Produktion, Staat, Kommunen und Private, sollten notwendige, aber wenig bringliche Arbeiten in Zeiten rückläufiger Konjunktur verschieben. Das Arbeitsnachwezen sei gesetzlich zu regeln. Der Ausländerfrage ist ein größeres Augenmerk zu schenken. Die Wander-Arbeitsstätten sind zu fördern. Eine Arbeitslosenversicherung ist neben allen anderen Maßnahmen durchaus notwendig. Zunächst müssen die Gemeinden auf diesem Gebiete vorgehen. Als Ziel bleibt die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung nach englischem Vorbild. Bei gutem Willen lassen sich alle Schwierigkeiten bei der Einführung der Arbeitslosenversicherung überwinden. In der Aussprache hob Kollege Kurlschel hervor, daß vor allem an die unorganisierten Arbeiter der Appell zu richten sei, sich den Organisationen anzuschließen. Bislang hätten diese auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge das Beste geleistet.

Nach Erledigung des Arbeitspensums des Kongresses wurden die Wahlen zum Ausschuss vorgenommen. Mit Ausnahme eines Vertreters von „Sitz Berlin“ wurden die bisherigen Mit-

Wieder wiedergewählt. Der Ausschuss soll einen Vertreter von „Sich Berlin“ erst dann kooptieren, wenn sich ergeben hat, daß sich die katholischen Arbeitervereine „Sich Berlin“ in den Rahmen des Kongresses einordnen. Diese Maßnahme war u. G. durchaus notwendig, wenn durch „Sich Berlin“ der ganze Erfolg des deutschen Arbeiterkongresses nicht vereitelt werden soll. Die Herrschaften haben sich bisher lediglich bemüht, den Scharfmachern und Reaktionsären Wasser auf die Mühle zu leiten.

Vor Schluß des Kongresses ergriff noch einmal

Graf von Posadowsky

das Wort, um eine höchst bedeutsame Rede zu halten. Er befaßigte sich zunächst mit der Sozialpolitik.

Man wies ihm vor, daß sie das Verantwortlichkeitsgefühl herabsetze und die Spannkraft der Arbeiter erschlafe. Wenn die Spannkraft jedes Menschen erschlafe, dann muß die über das Notwendigste des Lebensunterhalts zu verfügen. Man jagt, das Fälle von Täuschung, von Rentenverschleichung vorgekommen sind. Aber so etwas kommt auch in anderen Ständen vor. Wird doch jetzt anlässlich der Wehrsteuer ein Generalparade für Steuerhinterziehungen erlassen. Daraus könnte man folgern, daß auch unter den Besitzenden Personen vorhanden sind, die zum Schaden des Staates und der Allgemeinheit sich unlautere Vorteile zu verschaffen suchen. Die deutsche Sozialpolitik, die den deutschen Arbeiter in seiner Befähigung gehoben hat und die in ihren verschiedenen Einrichtungen ihn geistig gebildet, sein gesellschaftliches Niveau gehoben hat, diese Sozialpolitik anzugreifen heißt einen der schönsten Tempel der deutschen Arbeitskraft und Schaffensfreudigkeit zerstören.

Sie stehen im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die sich feindselig dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüberstellt. Sie dagegen wollen ein gleichberechtigtes Glied der bürgerlichen Gesellschaft sein und in ihr mitarbeiten. Darin liegt die tiefe Kluft, die Sie von der deutschen Sozialdemokratie trennt. Es geht ein erster Kampf gegen unsere sozialpolitische Gesetzgebung und namentlich gegen das den Arbeitern garantierte Recht, sich zu vereinigen. Darüber sollten sich die Kreise, die den Arbeitern dieses Vereinigungsrecht verweigern wollen, klar sein: auch wenn es gelingt, die Sozialdemokratie zu überwinden, — und das hoffen wir —, eine Arbeiterpartei wird immer in Deutschland bestehen. Das ist unser Arbeiterstand mit seinen Kollegen vereint, ist ganz natürlich, denn durch unsere Zeit geht der korporative Geist. Will man dem Industriearbeiter in einer Zeit, in der sich alles organisiert, kartelliert, syndiziert, dieses Recht mißgönnen?

Es ist selbstverständlich, daß in einem geordneten Staat die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten werden muß und daß die Handlungen des Einzelnen gegenüber Uebergrieffen gesetzlich geschützt werden müssen. Das gilt auch für die Arbeiter. Aber durch wesentliche Strafschärfung wird man in großen Arbeiterkämpfen Ausschreitungen einzelner niemals verhindern. Ich habe stets in meiner langen Erfahrung gemerkt, daß Ruhe und Ordnung abhängig nicht von Strafgesetzen, sondern von einer ruhigen, besonnenen und laudativen Polizei. Ich habe die Ueberzeugung, daß die bestehenden Gesetze daraus ausreichen. Wenn man durch eine Änderung einreden lassen will, dann müßte man alle Spezialgesetze aufheben und nur ein Gesetz schaffen, das die Einschüchterung und Erpressung jeden unter Strafe stellt. Ich bin auf Grund meiner politischen Erfahrungen Gegner jeder Ausnahmegeetze, weil Ausnahmegeetze hindern auf irgend eine schmale Stelle in den Staatsgesetzen. Ausnahmegeetze kommen mir vor wie gewisse Nebelwälder, die zwar vorübergehend den Schmerz lindern, aber schließlich den ganzen Organismus lähmen.

Nachdem sich der gewaltige Beifall gelagert, den die Ausführungen des Grafen Posadowsky gefunden, spricht Kollege Stengerwald das Schlusswort.

Der dritte deutsche Arbeiterkongress sei neben dem Offener Kongress der christlichen Gewerkschaften die wichtigste Arbeiter-

tagung, die bisher in Deutschland stattgefunden habe. Der Kongress sei eine Notwendigkeit gewesen zur Verteidigung der wichtigsten Lebensinteressen der deutschen Arbeiter. Er habe gezeigt, daß eine christlich-nationale Arbeiterbewegung bestehe, die die Arbeiterrechte bis zum äußersten zu verteidigen bestrebt sei. Gewaltige Kräfte seien am Werke gewesen, um das Stattfinden des Kongresses zu vereiteln und dessen Arbeit in Frage zu stellen. Man habe sich nicht gescheut, selbst hohe kirchliche Stellen gegen den Kongress mobil zu machen. Nichts aber habe den Ausschluß des Kongresses bewegen können, von seinem Vorhaben abzugehen. In unserer Bewegung seien uns Männer wie Professor Wagner und Graf Posadowsky vorbildlich, die bis ins hohe Alter ihren Idealen trotz aller Anfeindungen und Widerstände, treu geblieben wären und ihre Ziele weiter verfolgten hätten. Solchen Männern gebühre Dank. Wenn andere Kreise mit der Revision ihrer monarchischen Gesinnung drohten und selbst Ministerstürzereien zur Befestigung ihrer gegen die Arbeiter gerichteten Interessen beliebten, so folgen wir ihnen auf diesem Wege nicht. Aber klar und deutlich sagen wir auf unseren Tagungen, was zum Wohle des Volkes und des Vaterlandes notwendig sei. Das ist auch die Aufgabe des Kongresses gewesen, dessen Stimme nicht ungehört verhallen kann.

Mit einem dreifachen Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung und dem Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“, fand der Kongress seinen Abschluß.

Koalitionsrecht und Arbeitswilligenschutz.

(Schluß.)

Das Streikpostenstehen, der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit aller Scharfmacher, ist zwar heute noch nicht ganz verboten, aber nach § 10 des Allgemeinen Landrechts vom Jahre 1794 ist der Polizei die Gewalt gegeben, durch Verordnungen, das zu erreichen, was das Gesetz noch nicht direkt zuläßt. In den meisten Städten existieren heute schon Straßenpolizeiverordnungen, wonach der zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs ergangenen Aufforderung der Aufsichtsbeamten bei Strafe Folge zu leisten ist. Auf Grund dieser Verordnungen, die nach höchstgerichtlichen Entscheidungen (Entscheidung des preussischen Kammergerichts vom 28. September 1903, mitgeteilt in der „Deutschen Juristenzeitung“, 8. Jahrgang 1903, Seite 537) gültig sind, ist die Polizei berechtigt, Streikposten, die der im verkehrspolitischen Interesse ergangenen Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge leisten, in Haft- oder Geldstrafe zu nehmen. Die Gerichte bestätigen in der Regel die verhängten Strafen, da sie auf dem Standpunkt stehen, daß sie zur Festsetzung der Strafe, ob die Strafverfügung zu Recht oder zu Unrecht erfolgt ist, nur zu prüfen haben, ob der Aufsichtsbeamte (der Schutzmann) mit der Aufforderung die Erhaltung der Ruhe usw. beabsichtigte, nicht auch, ob die Aufforderung objektiv notwendig war. Und der § 153 der Gewerbeordnung hängt stets und jederzeit wie ein Damoklesschwert über dem Haupte eines jeden Streikpostens. Vertritt er nur einem Arbeitswilligen den Weg, um ihn zur Teilnahme am Streik zu bewegen, so vergeht er sich unter Umständen gegen § 153. Eine Drohung wird nach § 153 schon dann als strafbar erachtet, wenn der Drohende zu ihrer Aus-

führung kein Recht hat; auf die Form der Drohung und auf die Art des angedrohten Übels kommt es gar nicht an. Es ist also sowohl gleichgültig, ob die Drohung ernst gemeint war, als auch, ob mit einem Verbrechen oder Vergehen oder sonst irgend einem Übel gedroht wird. Der Begriff der „Chrenverletzung“ geht noch weiter als der der einfachen Beleidigung. Die geringste Kollision mit diesem Paragraphen bringt den Streikenden oder Ausgesperrten totficher ins Gefängnis.

Wird das Recht des freien Gewerbebetriebes durch den Streikposten verletzt, so kann auch das Zivilgericht gegen ihn vorgehen und zwar, indem es durch einstweilige Verfügung, gestützt auf die §§ 935 ff. und § 890 der Zivil-Prozessordnung einzelnen Personen das Streikpostenstehen verbietet und den Verbänden untersagt, Streikposten auszustellen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung kann Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten festgesetzt werden. Dieser Fall ist a. B. im Frühjahr des Jahres 1912 in der Stadt Solingen praktisch geworden.

Mit diesen Darlegungen ist schon zur Genüge bewiesen, daß jede Art Ausschreitung der Arbeiter bei Streiks und Ausperrungen schon nach den heutigen Gesetzen aufs schärfste geahndet werden kann und geahndet wird. Wir sehen ferner, daß die Unternehmer mit Erfolg gegen Schädigung durch die Arbeiter und ihre Organisationen zivilrechtlich vorgehen können. Und wie leicht können sich die verhältnismäßig wenigen Arbeitgeber bei Streiks und Ausperrungen miteinander verständigen durch Telephon und Telegraph oder auf schriftlichem Wege. Die Masse der Arbeiter dagegen kann nur sehr schwer von ihren Berufsgenossen über den Zweck und die Ursache der Ausperrung oder des Streiks aufgeklärt werden; geschieht dieses in einer Weise, die als eine Belästigung des aufzuklärenden Arbeiters angesehen werden kann, dann tritt sofort der Strafrichter in Funktion.

Aus diesen wohlwolligen Gründen lehnen die christlichen Arbeiter es mit Entschiedenheit ab, für einen noch stärkeren Schutz der sogenannten „Arbeitswilligen“ und deren Organisationen (Gelben) einzutreten. Sie erkennen allerdings an, daß die Bestrafung von Ausschreitungen nach dem Strafgesetzbuch nicht zu entbehren ist. Verschlechterungen des geltenden Rechts sind ihnen dagegen unter keinen Umständen erwünscht. Im Gegenteil, sie erstreben die Schaffung eines wirklichen Koalitionsrechtes. Die christlichen Arbeiter wenden sich auch gegen die neuerdings wieder von den Unternehmern und ihren Organen vorgeschlagene Rechtsfähigkeit der Berufsvereine (§ 31 des B.-G.-B.), wenn dieselbe eine unerträgliche Einschränkung oder Behinderung der gewerkschaftlichen Aktionen mit sich bringen sollte. Wenn gar noch eine Verschärfung der bisherigen Strafen vorgenommen werden soll, dann müssen die christlichen Arbeiter dringend auch die Bestrafung der Unternehmer bei Anwendung schwarzer Listen, beim Zwang zum Austritt aus den Arbeiterorganisationen und bei der Behinderung des Eintritts in die Arbeiterorganisationen strikte verlangen; ferner müßte gerechterweise auch eine Bestrafung der Unternehmer erfolgen, wenn sie moralischen oder materiellen Zwang auf ihre Berufsgenossen ausüben,

Eine Erinnerung.

Ne ist zum zweitemale die Delegation der christlich-nationalen Arbeiterpartei zum „Deutschen Arbeiterkongress“ in Berlin zusammengetreten, erscheint es als eine Pflicht der Pflicht, jenes Mannes zu gedenken, der auf dem heiligen Boden der Reichshauptstadt die Saat des christlich-nationalen Organisationsgedankens ausstreuete — Adolf Stöcker. Nicht mehr weilt er unter den Lebenden. Aber das Gedächtnis ihrer Fortkämpfer verfliegt in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht wie Schalk und Rauch. Als der zweite deutsche Arbeiterkongress im Jahre 1907 in Berlin lag, da ließ es sich Stöcker trotz seines sehr leibenden Zustandes nicht nehmen, den Beratungen des Kongresses beizumischen. Wie konnte das Tage des hohen dem Tode nahen Mannes aus, als er die Scherten überließ, die hier vorantrieb, um das Wort fortzuführen, das er mitgebracht. Eine Genugtuung mag's ihm, den Reichstagskämpfer und Reichstagsredner, gewesen sein, daß seine Ideen nach herten Kämpfen und Stürmen sich so machtvoll durchgesetzt haben. Gerade zur rechten Zeit erscheint eine Schrift, die die Persönlichkeit des für seine Ideen kämpfenden großen Mannes den weitesten Schichten des Volkes näher zu bringen, vorzüglich geeignet ist. Wir erinnern dem Tage folgendes Kapitel über den Beginn der öffentlichen politischen Wirkenszeit Stöckers in Berlin. Die aus allem dem, so ergibt sich auch schon aus diesem ersten öffentlichen Auftreten Stöckers, daß er fortgesetzt den Standpunkt verteil: „Das Christentum muß als Lebensmacht in alle Volksschichten hinein! Wir ist es nicht um Revolutionen zu tun, sondern um soziale Taten!“

Es war am 3. Januar 1878, dem trauumvollen Jahre der Axtschläge. Der sie erzählte, der Geist des Kampfes, des Gutes und Kampfes. Lächel gewandert auf den verführerischen Reizen jener der Reichshauptstadt. Da stand er den Reichstagskämpfer Stöcker ein Plakat mit der Aufschrift: „Vollversammlung im Arbeiter-Verein, zur Begründung einer christlich-nationalen Partei.“ Etwa 1000 Sozialdemokraten, ihr wider, später aus Deutschland ausgewandert, jenseits jenseits der Spitze, waren erschienen. Als die Versammlung geschlossen, d. h. die Leiter der Versammlung gewählt waren — namentlich Landrat Sozialdemokraten — nahm ein prächtiger Schneider, Genosse, der ein sozialdemokratischer Agitator gewesen und dann der Partei den Rücken gekehrt hatte, das Wort, um die Notwendigkeit einer Gegenpartei gegen den Aufstieg zu begründen. Er sprach klug, wahr und in würdevollen Worten; — für das Böse redet es sich leichter, als wir für das Gute, hat er sich dann entäußert.

Adolf Stöcker. Ein Lebensbild von Max Baur. Leipzig: Buchverlag (ca. 200 Seiten mit 16 Bildern) Preis der Buchverlagsgesellschaft Leipzig mit Postgebühren: 2.00 M. (Brosch.) 2.50 M. (geb.) 1.20 M. (Kl.)

Mit deutlicher Berachtung quinierte ihm der Vortragsende, in dem er meinte: „Wenn es nichts weiter gewesen wäre, als was man bisher gehört, so könnte man denken, man habe Komödie spielen wollen. Jetzt aber habe sich ein erster Redner, ein Vertreter der theologischen Wissenschaft, zum Wort gemeldet und die Ehre der sozialdemokratischen Partei erfordere, daß sie ihn launlos anhört; seine Antwort solle er schon bekommen.“

Ruh stand er hin, ein nicht gekannter, neuer Art erst in dem bekannten, höchsten Mann. Stille wuchs ... man lauscht ... es klappt ein Himmelstempel. Mit einem Wogen zuge Seelen an. Er sprach von ihrer Art — vom rechten Mittel des Rechts so wird, so erst, so tren und losch. Und ja, die Herzen wider'm Arbeitstittel. Sie wuchert's nun, der Adolf Stöcker war. O großer Tag, erregnisvolle Stunde! — Gelobter, Feinde, nur das Blut! Jetzt weiß man, deutliches Wort auch jeder Kunde — Ihn lauscht das Jänner: Christlich-national! Dem alten treuen Gott im Himmel ehren, Dem Kaiser geben, was des Kaisers ist. Dem Bruder lieben und dem Feinde mehren — ein alles Sauer, aus dem Boll gehet.

Ja, das war's, und dieser geschichtliche-denkwürdige Abend brachte — das Auswachen eines Partiers, das nun schon mehr denn ein Menschenalter in deutschen Landen partiert — oft genug im Sturm jenseit, aber in jedem Schichte ungedrohen ...

Das Stöcker sagte, wird immer lebenswert und herzbewegend bleiben. Zunächst stellte er sich als einen vor, von dem die Hörer nicht glauben sollten, daß er als Hochredner auf den Höhen des Lebens stehe und ihre Not nicht kenne. Er komme aus ihren Kreisen — habe unter den Arbeitern seinen Ort gehabt und jetzt noch Bettlern und wisse sehr gut, wo der Arbeitsmann den Schlaf brüht. In ihren Betrachtungen sah er einen dreifachen Fehler, gegen den er Stellung nehmen wollte. Wenn sie die Verwandelung des gesamten Privateigentums in gemeinschaftliches und dazu der vollen Arbeitsvertrag verlangten, so sei das ein unerreichbares Ziel, es sei denn, das man die soziale Revolution wolle. Das aber dabei herankomme, habe die Kommune von Paris gezeigt. Da hätten alle, die Befehlenden, die Arbeiter. Ihr Volkstum sei ein Traum, aber den sie die nachfolgenden praktischen Reformen vernachlässigten. Das sei mit dem gegenwärtigen Christentum nicht zu vereinbaren, sei erklärlich. Es sei wahr, daß man in der Fürsorge für die Arbeiterwelt viel verkannt habe. Ihre Erziehung müsse geschehen, ihre Jenseits, Wissen und Wissen vor Not bewahrt werden. Reformen, wie Schaffung eines Arbeiterrechts, Sonntagstagsruhe, Bekämpfung der Frauenarbeit u. a. seien durchzuführen. Das hätte aber, was ihnen eigen, sei der unbegreifliche Geh gegen das Vaterland und das Christentum. Und das ist schrecklich! Das Vaterland heßen, ja, wie man einer keine Mutter sagt!

Und Gott und den Geist leugnen, sei töricht; das Gewissen in der Brust gebe der heiligen Schrift recht. Das Lösungswort der Arbeiter sei Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Nun gibt es freilich eine Freiheit ohne Zug; eine Gleichheit (Egalité), bei der nach dem Worte eines geistreichen Mannes alles darauf hinausläuft, daß sich alle ganz egal sind; eine Brüderlichkeit, die doch voll Haß ist gegen die andern Klassen. Aber wenn Sie jene drei Worte in ihrem wahren Sinne nehmen, als die Freiheit des Bewusstseins, als die Gleichheit vor Gott und als die Brüderlichkeit in der Liebe zu allen, dann stammen alle drei aus dem Evangelium von Christo. O, meine Herren, es ist einer großen Partei unwürdig, Vaterland und Christentum zu hassen. Wollen Sie als Arbeiterpartei wirklich eine geschichtliche Bedeutung gewinnen, dann dürfen Sie das Edelste, was bisher in der Brust des Menschen gelebt hat, die die Liebe zu Gott und die Liebe zum Vaterlande, nicht totschlagen; das dürfen sie wahrhaftig nicht! Eins aber erbitte ich zum Schluß von Ihnen. Wenn Sie in Ihren Blättern wieder die schändliche Rede von Pfaffen lesen, die das Volk nicht lieb haben, dann glauben Sie der Lüge nicht. Ich meine es treu, ehrlich und gut mit dem Arbeiterstande, so wahr mir Gott helfe.“

Lauter, anhaltender, nur mit geringem Rischen untermischter Beifall war die Antwort der Versammlung. Dann schnelle Rast, der bisher mühsam seine Erregung unterdrückt hatte, wie eine Ratter von seinem Sitze auf und trat dicht vor die Kampe. Stille, milder Jubel seiner Parteigenossen begrüßte ihn, während er, die Hände in den Hosentaschen sichtbar nach Gelassenheit rang, um zu seinem ersten Siege auszuholen. Er war zu flug und weißblidend, um nicht zu merken, daß in dieser Stunde ein Mann den Festschuh hingeworfen hatte, der sehr ernst zu nehmen war. Ob er wohl ahnte, daß hier der Sozialdemokratie ein Gegner erstanden war, der dann 30 Jahre hindurch der gefürchtetste und unüberwindlichste werden sollte? —

Augen- und Ohrenzeugen schildern Rosts Auftreten wie das Auslösen eines großen, unreinen, prasselnden Feuers, das züngelnd mit Blitzesschnelle sich verbreitet und niedersinkt, was ihm im Wege liegt. Ja seiner furchtbaren Verehrbarkeit riß er die Masse wie ein Wirbelwind mit sich fort, so daß diese selbst kaum wußte, wie ihr geschah. Selbst wenn das gesamte Pfaffenamt die Sonne verfinstern und wie ein Heuschreckenschwarm heranzürmen sollte — rief er in förmlicher Ekstase — so würden sich die sozialdemokratischen Arbeiter nicht von ihren Wegen und Zielen abbringen lassen. Die Lage des Christentums seien gezählt, und den Priestern könne man zurufen: „Macht eure Rechnung mit dem Himmel, eure Uhr ist abgelaufen.“ Die fanatisierte Menge brach in ein zielloses Beifallsstören aus; ein wilder Lärm hatte sie ergriffen, und Rost selbst, stürzte mehr, als er ging, vom Podium herab“ in die Mitte seiner ihn beglückwünschenden Freunde.

um dieselben zur Solidarität bei Streiks und Aussperrungen sowie zum Beitritt in die Unternehmer-Organisationen zu veranlassen.

Gegenüber dem Terrorismus, der von den Sozialdemokraten auch besonders gegen die christlich organisierten Arbeiter angewendet wird, möge nur jedesmal rechtzeitig der Staatsanwalt einschreiten. Das gilt vollkommen. Noch lebhafte wurden in Greiz zwei rote Terroristen und zwar zwei Dachdecker, die durch Androhung der Arbeitsniederlegung die Erlassung eines christlich organisierten Arbeiters erzwangen, mit je drei Wochen Gefängnis bestraft.

Die Annäherung und der Terrorismus der Sozialdemokratie kann nicht so sehr durch neue Gesetze, sondern vielmehr dadurch am wirksamsten bekämpft werden, daß man dieselbe möglichst isoliert. Es wäre sehr wünschenswert, daß sich das nationale Bürgertum möglichst wenig oder besser gar nicht mit der Sozialdemokratie verbündet. Die Verwirrung, die durch solche Bündnisse bei den national-gesinnten Arbeitern angerichtet wird, ist unabsehbar. Ferner wäre es den christlichen Arbeitern sehr erwünscht, wenn die Unternehmer es mehr als bisher ablehnten, mit den Vertretern der Sozialdemokratie in ihrer Tendenz monopolartig wirkende Arbeitsverträge abzuschließen.

Die christlich-nationalen Arbeiter wollen keine Bevorzugung ihrer Organisationen, können aber mit Eifer und Recht eine Wiedereinstellung derselben mit den sozialdemokratischen Organisationen verlangen.

Auch die vielfache Bevorzugung der sozialdemokratischen Vertreter in den Organen und Behörden der Reichs-Sozialversicherung muß unter allen Umständen aufhören; wir denken da z. B. an das Zusammengehen der Unternehmer mit den Sozialdemokraten im sozialdemokratisch geleiteten „Hauptverband deutscher Krankenkassen“ sowie an die Begünstigung der sozialdemokratischen Vertreter durch die Unternehmer bei den Krankenkassen-Vorstandswahlen usw. Das Geschrei der Unternehmer über den Terrorismus der Sozialdemokraten und das damit verbundene Nutzen nach Ausnahmegeboten gegen die Arbeiter klingt höchst absonderlich, solange das Bürgertum der Sozialdemokratie und ihren „freien“ Gewerkschaften die Stange hält. Die christlichen Arbeiter bedanken sich für den Schutz, den die Unternehmer für nicht-sozialdemokratische Arbeiter durch Ausnahmegebote gegen die Arbeiter erreichen wollen. Die gegenwärtigen Strafbestimmungen sind, wie nachgewiesen, schon heute mehr als ausreichend und in den vorstehend gekennzeichneten Fällen schon zu scharf. Möge das Bürgertum sich nur seiner nationalen Pflicht im angezeigten Sinne erst voll und ganz bewußt werden.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 50. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. Dezember bis 13. Dezember fällig ist.

Das Ausstellen von neuen Mitgliedsbüchern an Stelle verlorener, durch Beschädigung oder durch Vorkleben unbrauchbar gewordener, wird bekanntlich nicht mehr von den Ortsverwaltungen, sondern von der Geschäftsstelle in Köln besorgt. Richtig sind alle Mitgliedsbücher, deren Markenfelder mit Jahresabschluss vollgeklebt sind, zu diesem Zeitpunkte einzusammeln und nach Köln zu senden. Hier werden die neuen Bücher ausgestellt und den Zahlstellen sofort zugesandt. Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Mitglieder mögen also dafür Sorge tragen, daß am Jahreschlusse die betreffenden Mitgliedsbücher keine rückständigen Beiträge mehr aufweisen, damit die Bücher sofort eingesammelt und gemeinsam nach Köln geschickt werden können.

Um die Neuausstellung der Bücher — es handelt sich um mehrere tausend — bei der Geschäftsstelle in Köln zu erleichtern und zu beschleunigen, bitten wir die Ortsverwaltungen, auf die Innenseite des vorderen Buchdeckels diejenige Markenzahl hinzuschreiben zu wollen, die in das neue Buch übertragen werden muß. Bei der Zahlung dürfen nur die im Buch liegenden Wochenbeitragsmarken mitgezählt werden. Streikmarken, beitragsfreie Marken n. s. w. sowie die mit Stempel versehenen Markenfelder sind also nicht mitzuzählen. Auch achte man darauf, daß die Zahl der in früheren Büchern geklebten und im letzten Buch durch ordnungsmäßige Eintragung beschleunigten Marken mit hinzugerechnet werden. Es wäre also auf die Innenseite des vorderen Deckels beispielsweise zu schreiben:

In diesem Buche kleben 313 Marken
Früher geleistet . . . 257
zusammen 570

Um Straßporto zu vermeiden und Porto zu sparen, machen wir darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher als Geschäfts-papiere mit der Post geschickt werden können. Die Bücher dürfen jedoch nicht verschlossen geschickt werden und ebenso dürfen keine schriftlichen Mitteilungen beigelegt sein. Das Porto beträgt bis zu 3 Büchern 10 Pf., bis zu 6 Büchern 20 Pf. und bis zu 13 Büchern 30 Pf. Mehr wie 13 Bücher darf eine Sendung Geschäftspapiere nicht enthalten.

Das Auszahlen der Militärunterstützung zu Weihnachten an alle bezugsberechtigten Mitglieder, die im zweiten oder dritten Heft dienen und deren Mitgliedsbücher der Geschäftsstelle des

Verbandes zur Aufbewahrung eingeschickt sind, macht es erforderlich, daß die Kollegen der Verbands-Geschäftsstelle aus ihrer Garnison die genaue Adresse mitteilen.

Neue Beitragsmarken für das Jahr 1914. Mit dem 28. Dezember gelangen für die männlichen Mitgli der neuen Beitragsmarken zur Verwendung. Von den jetzigen 50-Pfennig-Beitragsmarken dürfen über den 28. Dezember hinaus keine mehr verwendet werden. Für die Woche vom 28. Dezember 1913 bis zum 5. Januar 1914 ist also die erste neue Marke zu verwenden. Die neuen Marken werden den Zahlstellen mit den Abrechnungsvordrucken für das 4. Vierteljahr zugesandt, während die noch vorhandenen alten Marken sofort nach Jahreschluss an die Geschäftsstelle in Köln zurückzusenden sind. Keinesfalls dürfen nach diesem Zeitpunkt von den Zahlstellen alte Marken für etwa rückstehende Mitglieder zurückbehalten werden. Die Kollegen werden daher gebeten, für eine pünktliche Begleichung ihrer Verbandsbeiträge zu sorgen.

Auf das Einleben der beitragsfreien Marken in die Mitgliedsbücher wird nochmals aufmerksam gemacht. Und zwar müssen nach dem Beschluß des Varmer Verbandstages im Jahre 1912 und späterhin alle wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik usw. leergebliebenen Markenfelder in den Mitgliedsbüchern mit beitragsfreien Marken beklebt werden. Ausgenommen sind nur die Wochen, in denen nach § 7 der neuen Satzungen die Mitgliedschaft geruht hat. Für reisende Mitglieder werden die beitragsfreien Marken dort nachgeklebt, wo sie in Arbeit treten. Wir bitten die Ortsverwaltungen dringend, zu sorgen, daß am Jahreschluss alle Mitgliedsbücher in tadelloser Ordnung sich befinden.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 50315 Jan Dylewski; Nr. 73417 Andreas Hartmann (das Buch wurde dem Kollegen mit dem Ueberzieher gestohlen); Nr. 91863 Georg Raab; Nr. 96206 Peter Rünzinger. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wald. Die Stodarbeiter haben im vergangenen Jahre hier 27 Wochen im Streik gestanden. Während dieser Zeit fehlte es auch nicht an Arbeitswilligen aller Art. Sogar Leute, die lange dem sogd. Holzarbeiterverbande angehört, wurden Streikbrecher. Als der Streik zu Ende ging, blieben die Arbeitswilligen in den Werken. Sie sollten nach und nach entlassen werden; bis jetzt war das aber nicht der Fall. Der rote Verband (Zahlstelle Wald) ging nun in seiner vorletzten Versammlung dazu über, die Arbeitswilligen der Firma Schimmelbusch in den Verband aufzunehmen. Das war jedoch nicht der erste diesartige Fall. Vor einigen Jahren, nach dem Streik bei der Firma Junter & Hamacher, ging es ebenfalls so. Trotzdem reden die „Genossen“ immer von christlichen Streikbrechern. Vor einigen Monaten wurde in Solingen, gelegentlich einer Schalenweiber-Versammlung noch frech behauptet, alles was die Christlichen aufnehmen, seien Streikbrecher. Aus dem Mitgeteilten geht deutlich hervor, welcher Verband mit den Streikbrechern sympathisiert.

Zeulenroda (Neuß). Seit 14 Jahren besteht hier die allgemeine Ortskrankenkasse; sie ist bisher stets im Besitz der „Genossen“ gewesen. Die Wahl zum Ausschuss der Kasse fand am 15. Nov. statt. Es entfielen auf die sogd. Liste 184 Stimmen und auf die christlich-nationale Liste 321 Stimmen. Wir erhalten damit einen Sitz im Vorstand. Die Wahl war keine eigentliche Wahl, sondern ein Ständel. Die Worte „christlich-national“ hatten es der sogd. Neuß. Volkszeitung angetan, die sich abmühte, unsere Liste einer persönlich gehässigen Kritik zu unterziehen. Gift und Galle spie sie über die „paar Christen“. Das rote Schimpfwörter-Lexikon leistete dabei mancherlei. Ein vernünftiges und sachliches Auseinandersetzen über die Wahl war uns einfach unmöglich gemacht. So konnten wir nur am Abend vor der Wahl eine Aufklärung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, verbreiten. Die Wahl fand von mittags 12 bis 8 Uhr abends statt. Um 8 Uhr wurde der Wahlraum geschlossen und die noch vorhandenen ungefähr 200 Wähler, meistens Frauen und Mädchen, ließ man bis 1/2 10 Uhr wählen. Da unsere Stimmgelbverleiher in die Ecke gedrückt wurden, hatten die „Genossen“ freies Spiel und bearbeiteten nun die Leute derart, daß sie gezwungen waren, die sogd. Liste zu wählen. Mehrere Frauen und Mädchen wurde der Zettel mit unserer Vorschlagsliste einfach aus der Hand gerissen. Das letzte Wort ist über diese Wahl noch nicht gesprochen.

Meinungsäußerungen aus Mitgliedertreffen.

Eine alte Forderung.

War das eine Freude, als ich die Nummer 44 des Organs zu Gesicht bekam. So hab ich mir unser Verbandsorgan immer vorgestellt. Eine wirkliche Agitationsnummer. Welch eine Fülle des Gebotenen. Ein Wehrmüßtrapsen fällt in den Freudenfeld. Ich gedenke der großen Zahl der Kollegen, die es nicht der Mühe wert finden, ihr Organ zu studieren. Und doch, wenn es ein Mittel gibt, die eigene Kraft wieder neu anzusporren, wieder neue Kräfte zu sammeln, neue Nahrung dem geistigen Menschen in uns zuzuführen, so ist es das Studium des Organs. Hier sehen wir, wie allerwärts die Kollegen emsig für unsern Verband tätig sind, wie sie immer und überall Kämpfe auszufechten haben für die christliche Gewerkschaftsidee. Und wenn wir dies sehen, so erhöht sich auch unsere Tatkraft wieder und mit frischem Mut und neu enisachter Begeisterung widmen wir uns wieder unseren Gewerkschaftspflichten. Wie soll es möglich sein, daß wir vorwärts kommen, wenn sich unsere Kollegen nicht der Hilfsmittel bedienen, die ihnen geboten werden? Es ist unbedingt notwendig, daß sich die einzelnen Kollegen über die Strömungen im Wirtschaftsleben, ferner über die Erfolge unseres Verbandes auf dem laufenden halten. Wer Agitator sein will (und jeder Kollege muß ein solcher sein), der muß sich auch ein umfangreiches Wissen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung angeeignet haben. Die Kollegen sollten sich vor Augen halten, daß das Organ die Brücke bildet, die Mitglieder und Zentralleitung miteinander verbindet.

An vielen Orten ist es nicht möglich, einen Unterrichts-kurs durchzuführen. Die Mitglieder dieser Orts werden vor

allem aus dem Studium des Organs Nutzen ziehen. Die Kollegen möchten aber allerorts sich zur Pflicht machen, dem Organ mehr wie es bisher geschehen, ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Das Verbandsleben im allgemeinen, die Zahlstellen im besonderen haben den größten Vorteil davon. In den Versammlungen sollte das Organ einmal der Gegenstand lebhaftester Diskussion werden. „Eine Stunde in der Woche für das Organ“, wenn dieser Grundsatz sich Bahn bricht, dann bin ich gewiß, sind wir auch der Verwirklichung unserer Ziele ein erheblicher Teil nähergerückt. F. R.

Gewerkschaftliches.

Hindernisse in den Zahlstellen.

Wenn man im Gewerkschaftsleben den Beobachter spielt, so kann man mancherlei Mängel beobachten, die zu beseitigen, die Pflicht eines jeden Kollegen ist.

Einer dieser Mängel ist die starre Festhaltung des Samstagabend als Versammlungstermin. Es kommt vor, daß man sich auf Generalversammlungen freisetzt, wegen des Versammlungstermins. Das sollte nicht sein. Jeder Kollege muß soviel Disziplin besitzen, dem Rufe seiner Ortsverwaltung Folge zu leisten, zu welchem Termine es auch immer sei. Auf der anderen Seite wird geklagt, die Bezirksleitung, bezw. der Sekretär sei so wenig für die entferntesten Zahlstellen zu gewinnen. Ist zu leugnen, daß an diesem Zustand die starre Festhaltung des Samstag oder Sonntags als Versammlungstermin eine Hauptschuld trägt?

Weiterhin ist die Einladung der Ausschussmitglieder, Vertrauensmänner und anderer Kollegen zu Sitzungen ein wunder Punkt. Da hat der eine die Einladung nicht bekommen, der andere hat sie verlegt, der dritte wurde durch eine Mittelsperson aufgefordert und so geht es bis ins Endlose mit lauter Ausflüchten. Und die Arbeit, die gemacht werden sollte und mußte, ist liegen geblieben oder der Vergessenheit anheimgefallen. Das sind ungesunde Zustände. Bezüglich der Einladungen muß System herrschen. In kleineren Zahlstellen, wo die Kollegen weit auseinander wohnen, gewöhne man sich an die schriftliche Einladung und zwar durch Postbeförderung. Die ausgeworfene Summe kommt anderwärts der Zahlstelle wieder zu Gute. Vor allem sollen Dritte und Vierte mit dringenden Einladungen nichts zu schaffen haben. Dieses System kann sich für Klatschbasen und für Kaffeekränzchen eignen, unserer Bewegung und den Zahlstellen ist damit nicht gebietet.

Man kommt nicht heim. Es wird so spät. Die älteren, verheirateten Mitglieder besonders lassen dieses Klagegedicht gern hören. Und damit kommen wir auf einen weiteren Mangel zu sprechen. Der Vorsitzende soll darauf sein Augenmerk richten, daß Anfang und Ende der Versammlung genau geregelt sind. Damit würde einem Vorurteil gegen den Versammlungsbefuch entgültig der Boden entzogen sein.

Als letzter Mangel wäre noch anzuführen, daß sehr oft die Annahme und die Ausführung eines Versammlungsbeschlusses sich nicht decken. Der Annahme muß die Ausführung auf dem Fuße folgen, sonst ist der Erfolg gleich Null. Auch den Beschlüssen der Bezirkskonferenzen muß in den Zahlstellen Folge gegeben werden; geschieht dies nicht, so haben diese Konferenzen ihre Berechtigung verloren.

Das Leben und Treiben innerhalb der einzelnen Zahlstellen hängt von vielen Kleinigkeiten ab, deren Nichtbeachtung hemmend auf die ganze Bewegung wirkt. Dies zu beachten und darnach zu handeln ist die Aufgabe der Kollegen. Wo es bislang in vorgenannter Art gefehlt hat, werden diese Stellen jedenfalls dazu beitragen, eine Aussprache in den betreffenden Zahlstellen zwecks sofortiger Beseitigung der Hindernisse herbeizuführen. N. S.

Soziale Rundschau.

Krankenkassenwahlen. Einen ungeahnten, herrlichen Erfolg errang die christlich-nationale Arbeiterschaft bei der Ausschusswahl zur Ortskrankenkasse in München. Abgegeben wurden insgesamt 83743 Stimmen, davon 31371 Stimmen für die christlich-nationale Liste (22 Vertreter), 53382 Stimmen für die soziald. Liste (38 Vertreter). Eine höhere Stimmenzahl, wie in München, hat bisher noch keine christlich-nationale Liste bei Krankenkassenwahlen auf sich vereinigt. Bisher waren die christlich-nationalen Arbeiter München trotz ihrer großen Zahl im Ausschuss der Kasse nicht vertreten. — Glänzend schnitt auch die christlich-nationale Arbeiterschaft in Freiburg i. B. ab. Sie stellt 34 Vertreter (5386 Stimmen), die Sozialdemokraten 26 (421 Stimmen). Bisher war das Verhältnis umgekehrt. — In Oberhausen (Rheinl.) wurden gewählt 22 christlich-nationale und 8 soziald. Ausschussmitglieder. — In Dornbach (Thüringen) wurden 9 christlich-nationale und 3 soziald. Vertreter gewählt. — Weinheim: 27 sozialdemokr., 13 christlich-nationale Vertreter gewählt. — Wetzmann: Die christlich-nationalen Arbeiter stellen 28, die „Genossen“ 12 Vertreter. — Kschaffenburg-Land: Abgegeben wurden für die soziald. Liste 408, für zwei Gegenlisten 306 Stimmen. — Kreis Danziger Höhe: Die christlich-nationale Arbeiterschaft stellt 52, die sozialdemokratische nur 8 Vertreter. — Spaichingen: Gewählt wurden 27 Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft und ganze 3 Sozialdemokraten. — Kronach: 26 sozialdemokratische, 14 christlich-nationale Vertreter gewählt. — Lauterbach (Schwarzwaldb.): 12 christlich-nationale Vertreter, 4 sozialdemokr. Hirsch-Wunderschen Kompromisses. — Im roten Zeulenrode errangen die christlich-nationalen Arbeiter von insgesamt 30, 4 Ausschussmandate. — Ravensburg: die christlich-nationalen Arbeiter stellen 35, die „Genossen“ 5 Ausschussmitglieder (bei 4154 resp. 588 Stimmen). — Rannchen-Land: christlich-nationale Liste stellt 544 Stimmen (5 Vertreter), soziald. Liste 2160 Stimmen (25 Vertreter). — Der Ausschuss der Betriebskrankenkasse der Firma Brügmann & Sohn in

Wappenburg besteht nur aus Mitgliedern des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter. Die Gegner reichten eine Liste nicht ein. — Bei der Ausschusswahl der Krankenkasse der Waggonfabrik in Düsseldorf...

Table with 4 columns: Ort, Christliche Liste Stimmen, Christliche Liste Vertreter, Sozialdemokr. Liste Stimmen, Sozialdemokr. Liste Vertreter. Rows include Essen, Altesseien, Vorbeck, Rothhausen, Stoppenberg, Kray, Werden, Reitholz.

In den genannten Orten sind demnach insgesamt gewählt: 113 christlich-nationale und 68 soziald. Vertreter. In Kupferdreh und Steele wurden die Listen des Versicherungsausschusses ohne Gegenliste gewählt. In Bredeby wurden 4 Genossen und 4 bürgerliche Gegner gewählt...

nicht übersteigen darf. Es liegt auf der Hand, daß selbst bei gutem Geschäftsgang der Gewinn recht erheblich sein muß, wenn diese 4 Prozent des Stammkapitals erreicht werden sollen. Die sozialdemokratische „Volkspflege“ gibt zunächst ihren Aktionären 4 Prozent Dividende...

Aus dem gewerblichen Leben.

Verband deutscher Waggonfabriken. Mit dem Sitz in Charlottenburg ist nunmehr der Verband deutscher Waggonfabriken ins Leben getreten. Geheimer Vizepräsident Schrey von der Danziger Waggonfabrik wird die Geschäftsführung des Verbandes übernehmen. Der Verband umfaßt sämtliche deutsche Waggonbauabriken...

Die Holzölle. In der letzten Vollversammlung der Berliner Handwerkskammer machte Syndikus Dr. Heimig über die Mehrbelastung des Holzgewerbes durch die Erhöhung der Holzölle bei der letzten Regelung des Zollwesens folgende beachtenswerte Ausführungen: „Deutsche polierte oder geschmimte und mit Beisätzen versehene Möbel zahlen an der russischen Grenze einen Zoll von circa 70 Prozent des Wertes.“

Table showing price increases for wood products. Columns: Item, Price 120 Pf., Price 1,80 Pf., Price 4,00 Pf., Price 7,50 Pf. Items include Rundholz hart, Holz bearbeitet hart, Holz weich, gefügtes Holz hart, Holz weich, and Eingefügt wurden.

Danach ergibt sich allein aus diesen Positionen eine Mehrerinnahme von: 275 000 Mk. für Rundholz hart, 2 100 000 Mk. für Holz geschmitten hart 4 400 000 Mk., für Holz geschmitten weich, Summa 6 775 000 Mk., also fast 7 Millionen Mark auf drei Positionen. Darin ist nicht enthalten die Mehrbelastung des Holzgewerbes, die durch die gleichzeitige Erhöhung des Zolles auf Fourniere von 6 auf 10 Mk. ...

Die Gothaer Waggonfabrik A.-G. hielt am 27. August ihre ordentliche Hauptversammlung ab. Aus dem interessanten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: 13 Stammaktien werden umgewandelt zu Vorzugsaktien gegen Zuzahlung von 300 Mark, zuzüglich 4 Prozent Zinsen vom 1. Juli 1913 bis zum Tage der Einzahlung auf jede Aktie. Diese neuen Aktien erhalten dann zum ersten Mal für das Geschäftsjahr 1913-14 den Gewinnanteil...

Literarisches.

Die deutsche Volksversicherung. Wahre oder falsche Volksfürsorge? Das ist die Frage, mit der sich Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens in seinem demnächst im Verlage der Vaterländischen Verlags- und Kunstanstalt, Berlin S. W. 61 erscheinenden Buche „Die deutsche Volksversicherung“ beschäftigt. Als Vorsitzender des Ausschusses des „Deutschen Arbeiterkongresses“ mit den einschlägigen Verhältnissen durchaus vertraut, beleuchtet der Verfasser die verschiedenen Strömungen auf dem Gebiete der Volksversicherung und gibt eine altbewährte Darstellung der Vorgänge, die zur Gründung der „Deutschen Volksversicherung“ geführt haben. Er kennzeichnet die sozialdemokratische „Volkspflege“, schildert die Vorarbeiten für eine nationale Volksversicherung, die vergeblichen Einigungsversuchen zwischen den verschiedenen Verbänden und Interessengemeinschaften und zeigt daß erst durch Eingreifen der nationalen Arbeiterschaft eine deutsche Volksversicherung zustande kommen konnte: aus dem Volk, mit dem Volk, für das Volk! Auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Akten muß sich Behrens scharf gegen die Taktik des ostpreussischen General-Landchaftsdirektor Dr. Rapp wenden. Die Schrift greift mitten hinein in den Tageskampf um die Volksversicherung und wird ohne Frage auch in den parlamentarischen Verhandlungen dieses Winters viel beachtet werden. Sie übermittelt der Öffentlichkeit eine Fülle bisher unbekannter Materials und bildet so eine Fundgrube für jeden an der Volksversicherung Interessierten. Der Einzelpreis der Schrift soll Mk. 0,80 betragen; 100 Exemplare sollen Mk. 68,- kosten.

Briefkasten.

Der Kollege Georg Eisenlohr aus Weitenhausen (Weyern), wird gebeten, seine Adresse dem Kollegen Joseph Flußner in Krauthelm (Baden) mitzuteilen.

Adressenveränderungen.

H. Stadbach, R. Friedrich Roth, Altkraße 20. Saarbrücken, R. A. L. Jentes, Saarbücken I. 9. i. Hagen 18, von 7 bis 9 Uhr.

Advertisement for Glas-Schreibstiftmaschinen. Includes an image of the product and text: „Bestende dieses Jahr wieder 20 000 Sortimente zum alten Preis.“

Advertisement for Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf. TAGES-KURSE FÜR SCHREINER. (44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe...

Advertisement for Einiges Möbelschreiner. Die selbständig arbeiten können und nicht unter 22 Jahre alt sind, werden gesucht. Adresse: Gregor Hermann, Wiesenheid, Unterfranken, Rheinländerstraße 95.